

N i e d e r s c h r i f t

über die 6. Sitzung des Verwaltungsrates

- öffentlich -

Sitzungsdatum: 23.06.2015

Sitzungsdauer: 16.05 – 19.20 Uhr

Sitzungsort: ENNI Sportpark Rheinkamp

Anwesend sind unter dem Vorsitz von Bürgermeister Fleischhauer

- a) Verwaltungsratsmitglieder
Herr Brohl, I.
Herr Brohl, K.
Herr Fenger
Herr Hüskes
Frau Kaenders
Herr Küster
Herr Maas
Herr Marschmann
Frau Krokowski
Herr Rosendahl
Herr Schneider
Herr Schröder
- b) beratende Mitglieder
Stadtkämmerer Thoenes bis 18.55 Uhr, TOP 11
- c) von der ENNI Stadt & Service Niederrhein AöR
Herr Rötters
Herr Hormes
Herr Baum
Herr Felthaus bis 18.10 Uhr, TOP 10
Herr Ittermann bis 18.10 Uhr, TOP 10
Herr Kempken
Herr Rupprecht bis 18.10 Uhr, TOP 10
Herr Bachmann bis 17.05 Uhr, TOP 9
Frau Tiemann bis 18.10 Uhr TOP 10
Frau Fels als Schriftführerin
- d) Gäste
Herr Möwes, Personalrat ENNI Stadt & Service Niederrhein AöR
Herr Hornung, ENNI Energie & Umwelt Niederrhein GmbH
Herr Hohensträter, ENNI Sport & Bäder Niederrhein GmbH
Herr Reinsch, Projektsteuerer Innenstadtsanierung bis 17.10 Uhr
Herr Dr. Dornbusch, INFA-Institut von 17.00 Uhr – 18.10 Uhr
Herr Belcke, PWC, ab 17.00 Uhr
- e) sieben Zuhörer

TAGESORDNUNG

1. Fragen der Einwohner

Es werden keine Fragen gestellt.

2. Begrüßung und Allgemeines

Vorsitzender Fleischhauer begrüßt die Anwesenden.

2.1 Prüfung der Einladung

Die Einladungen sind rechtzeitig zugestellt worden. Beanstandungen werden nicht erhoben.

2.2 Feststellung der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Fleischhauer stellt fest, dass zu Beginn der Sitzung 13 stimmberechtigte Mitglieder des Verwaltungsrates anwesend sind. Der Verwaltungsrat ist damit beschlussfähig. Darüber hinaus sind ein beratendes Mitglied sowie vier Gäste und sieben Zuhörer anwesend.

2.3 Feststellung von Ausschließungsgründen gem. § 31 GO

Nach dem Eintrag in die Anwesenheitsliste wird festgestellt, dass Ausschließungsgründe gem. § 31 GO nicht vorliegen.

2.4 Genehmigung der Tagesordnung

Nach Befragen stellt Vorsitzender Fleischhauer das Einverständnis mit der Tagesordnung fest.

3. Zur Niederschrift über die 5. Sitzung des Verwaltungsrates am 27.04.2015

Es werden keine Änderungsanträge gestellt. Die Niederschrift ist somit genehmigt.

4. Bericht des Vorstands über die Durchführung von Beschlüssen

Herr Rötters berichtet, dass die Beschlüsse des Verwaltungsrates ausgeführt wurden bzw. sich in der Durchführung befinden oder auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehen.

5. Antrag der Verwaltungsratsmitglieder Ingo Brohl, Klaus Brohl, Joachim Fenger und Cay-Jürgen Schröder vom 10.02.2015
- Vorlage Nr. 45 / Verwaltungsrat / 23.06.2015 -

Herr Hormes beantwortet Nachfragen von Herrn Küster zum Austausch der Quecksilberdampflampen sowie der übrigen Lampen.

Der Verwaltungsrat beschließt **einstimmig**:

Der Verwaltungsrat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis. Er unterstützt das Erneuerungskonzept der ENNI AöR, bei dem in 2015 zunächst der Austausch von HQL-Leuchtmitteln prioritär, in den Folgejahren der Austausch von Beleuchtungsmasten, Erdkabeln, Verteilerschränken sowie Leuchtenköpfen bevorzugt betrieben werden soll. Der Verwaltungsrat bittet den Vorstand, technologische Alternativen zur weiteren Stromersparnis kritisch zu prüfen und dem Verwaltungsrat hierüber zu berichten. Von der tiefergehenden Prüfung anderweitiger Betriebsformen wie bspw. Contracting-Modellen wird derzeit abgesehen

6. Wohnmobilstellplätze am Standort Solimare
- Vorlage Nr. 46 / Verwaltungsrat / 23.06.2015 -

Herr Hohensträter stellt die aktualisierte Planung des Wohnmobilstandortes vor.

[Die von Herrn Hohensträter verwendete Präsentation ist als Anlage 1 beigelegt.]

Herr Hohensträter beantwortet Fragen von Herrn Fenger zur Freibadnutzung durch Wohnmobilstellplätze, weitere Stellplatzmöglichkeiten auf dem Parkplatz und Ausschilderung im Park. Er betont, dass Detailfragen noch nicht geprüft sind, sondern zunächst zu klären ist, ob der Verwaltungsrat eine Umsetzung auf Grundlage des vorgestellten Konzepts wünscht.

Auf Nachfrage von Frau Kaenders erklärt Herr Hohensträter, dass bisher keine Mittel für die Errichtung eines Wohnmobilstandortes im Rahmen des Projekts vorgesehen sind, sondern ein entsprechender Beschluss die Kosten erhöht.

Frau Kaenders findet die Planung attraktiv, aber sie hat Bedenken wegen der dadurch entstehenden Kosten.

Herr I. Brohl dankt für die Planung und die Vollkostenbetrachtung. Er hält einen Wohnmobilstandort im Hinblick auf Tourismus und Wirtschaftsförderung für sinnvoll. Er stellt jedoch fest, dass eine Refinanzierung der Maßnahme im Moment noch nicht gegeben ist.

Herr Rötters bestätigt, dass die Errichtung nicht kostenneutral umgesetzt werden kann, so dass bei entsprechender Beschlussfassung entweder eine Einplanung in den Wirtschaftsplan der AöR oder eine Refinanzierung über den Haushalt der Stadt erfolgen müsste.

Herr Rosendahl spricht sich grundsätzlich für die Planung aus. Er hält einen Zuschuss aus dem Haushalt der Stadt für ausgeschlossen und nur eine Planung zu Lasten des Gesamtergebnisses der AöR für gangbar. Er regt an, die Höhe der Standgelder zu prüfen, um höhere Erlöse zu erzielen.

Herr Hohensträter führt aus, dass die Kalkulation vorsichtig zu erfolgen hat und daher von einer Auslastung von 25 – 30 % ausgegangen sowie ein Erlös eingeplant wurde, der auch

realisierbar erscheint. Er hält es aber auch für sinnvoll, entsprechend der Nachfrage und Auslastung die Standgebühren ggf. anzupassen.

Herr Küster findet das erarbeitete Konzept sehr gut, aber er hat die Zielvorstellung, den Standort wirtschaftlich zu betreiben. Er regt an, vor Beschlussfassung auch eine Verpachtung oder ein Betreibermodell sowie Erweiterungsmöglichkeiten zu prüfen.

Herr I. Brohl gibt zu bedenken, dass ein Betreiber bei der Errichtung nicht die Synergien durch den Bau des Solimare nutzen kann. Er favorisiert daher eine Errichtung durch die AöR und spricht sich für einen entsprechenden Beschluss in dieser Sitzung aus.

Herr Hohensträter verweist auf die hohen Investitionskosten, die eine Gewinnerzielung sehr unrealistisch erscheinen lassen. Er bezweifelt, dass ein Betreiber deshalb bereit wäre das Konzept so umzusetzen.

Frau Krokowski spricht sich für die Umsetzung der Planung aus. Sie ist der Ansicht, dass ein Betreiber auch nach Errichtung der Standplätze gesucht werden könnte. Sie befürwortet im Hinblick auf die Synergien und Steuerungsmöglichkeiten eine Errichtung durch die AöR.

Herr Maas bewertet das Konzept ebenfalls positiv. Er gibt zu den Standgebühren zu bedenken, dass die Campinggebühr zum Jazzfestival bereits höher ist. Er sieht daher auch Möglichkeiten, dass mittelfristig höhere Standgebühren erzielbar sind; hält eine vorsichtige Schätzung im Vorfeld der Entscheidung jedoch für sinnvoll.

Auf Nachfrage von Vorsitzendem Fleischhauer erklärt Herr Hohensträter, dass auch eine spätere Beschlussfassung möglich ist, aber dies voraussichtlich zu einer Verteuerung der Maßnahme führen wird.

Vorsitzender Fleischhauer fasst zusammen, dass seit Jahren in Moers der Bedarf für einen Wohnmobilstandort besteht und sich aufgrund der aktuellen Baumaßnahme die Chance bietet das Vorhaben kurzfristig unter Nutzung von Synergien zu realisieren. Er schlägt vor, die Details zum Betrieb und auch ein mögliches Betreibermodell zu klären und dem Verwaltungsrat zu gegebener Zeit vorzulegen.

Der Verwaltungsrat beschließt **einstimmig**:

1. Der Verwaltungsrat beschließt im Rahmen des aufgezeigten Konzepts die Errichtung von Wohnmobilstellplätzen am Standort Solimare.
2. Detailfragen wie konkrete Rahmenbedingungen, Stellplatzgebühren sowie ggf. ein Betreibermodell werden in einer weiteren Sitzung beraten.

7. Schädlingsbekämpfung **- Vorlage Nr. 47 / Verwaltungsrat / 23.06.2015 –**

Der Verwaltungsrat beschließt **einstimmig**:

Der Verwaltungsrat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**8. Gemeinsame Entwässerungsbescheide
- Vorlage Nr. 48 / Verwaltungsrat / 23.06.2015 –**

Der Verwaltungsrat beschließt einstimmig:

Der Verwaltungsrat nimmt die Ausführungen des Vorstandes zur Kenntnis.

**9. Innenstadt Infrastruktur Verbesserung – erste Überlegungen zu notwendigen Infrastrukturmaßnahmen durch die ENNI-Gruppe
- Vorlage Nr. 49 / Verwaltungsrat / 23.06.2015 –**

Herr Reinsch stellt sich als Projektsteuerer des Projekts Innenstadtsanierung vor. Er erklärt, dass sich das Projekt aktuell in der Initiierungsphase befindet und zukünftig versucht werden wird, alle Betroffenen zu beteiligen und alle Interessen zu bündeln.

Herr Maas verweist auf angrenzende Projekte wie z.B. die Schlossumfeldgestaltung. Er fordert dazu auf, diese bei der Planung zu berücksichtigen und sich entsprechend abzustimmen, damit z.B. Bodenbeläge einheitlich gewählt werden.

Herr Reinsch bestätigt, daß eine Umfeldanalyse notwendig ist und auch stattfindet.

Herr Fenger hebt die Besonderheit der Örtlichkeit – insbesondere auch für die Einzelhändler - hervor. Er fragt wie deren Interessen berücksichtigt werden sollen, wie sichergestellt werden soll, dass die Baumaßnahme möglichst schnell beendet wird und ob abschnittsweise vorgegangen wird.

Herr Rötters betont, dass sich der Vorstand dieser Problematik bewusst ist. Er bittet jedoch um Verständnis, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch kein diesbezügliches Konzept vorgelegt werden kann. Er weist darauf hin, dass die heutige Information dazu dient, dem Verwaltungsrat das Vorhaben und den Projektsteuerer vorzustellen.

Herr Hormes ergänzt, dass die Thematik sobald konkrete Planungen vorliegen auch in den städtischen Gremien zu beraten sein wird.

Frau Krokowski fragt unter Verweis auf den Neubau im Bereich des ehemaligen Rathauses nach, ob sich Beeinträchtigungen für dieses Projekt ergeben können.

Herr Hormes bestätigt, dass auch dieses Projekt in die Umfeldanalyse einfließt. Er räumt aber ein, dass es zu Beeinträchtigungen kommen kann.

Herr Küster hält eine umfassende Informationspolitik für erforderlich. Er weist auf die Stadt Krefeld hin, die einen Baustellenflyer auflegt und auch auf ihrer Internetseite aktuelle Informationen zu Baustellen und deren Dauer veröffentlicht.

Herr Rosendahl erinnert daran, dass bisher alle Maßnahmen zur Gestaltung der Innenstadt von der Stadt im Hinblick auf die anstehende Kanalsanierung zurückgestellt wurden. Er sieht zwar, dass die Maßnahme Risiken für die Geschäftsleute birgt, verweist aber auch auf die Chancen im Hinblick auf die Innenstadtgestaltung.

Vorsitzender Fleischhauer plädiert dafür, eben diese Chancen bei aller Bewusstheit für die Risiken nicht aus dem Blick zu verlieren und das auch so zu kommunizieren.

10. Gebührenmodelle und Satzungsanpassungen in der Abfallentsorgung - Vorlage Nr. 50 / Verwaltungsrat / 23.06.2015 –

Herr Dr. Dornbusch stellt mögliche Veränderungen in der Abfallentsorgung und ihre Auswirkungen auf die Gebühren auf Grundlage der bisherigen Beratung vor.

[Die von Herrn Dr. Dornbusch verwendete Präsentation ist als Anlage 2 beigelegt.]

Herr Maas stellt fest, dass sich bei einem Mindestvolumen von 10 l nur bei einer Haushaltsgröße bis zu 3 Personen keine Veränderungen ergeben. Er vertritt die Auffassung, dass die relativ geringe Entlastung der Einpersonenhaushalte nicht eine Mehrbelastung größerer Haushalte rechtfertigt. Er gibt zu bedenken, dass die stärkere Einbeziehung von Gewerbebetrieben auch unverhältnismäßig sein kann. Er fragt in diesem Zusammenhang nach, wie die Bezeichnung „Umsetzungsgrad“ zu verstehen ist.

Herr Dr. Dornbusch nimmt an, dass einerseits viele größere Haushalte bereits über einen Behälter verfügen, der größer als 60 l ist, so dass sich für diese keine Veränderungen der Behältergröße ergeben. Er erklärt, dass eine Entlastung der Einpersonenhaushalte seiner Ansicht nach nur im Zusammenwirken mit einer stärkeren Heranziehung der Gewerbebetriebe wirtschaftlich darstellbar ist. Er hält die Veranlagung der Gewerbebetriebe für das wirkungsvollste Instrumentarium, um Entlastungen in anderen Bereichen zu ermöglichen.

Herr I. Brohl vermisst die Darstellung zusätzlicher Varianten z.B. nur Veränderungen für Einpersonenhaushalte und Gewerbebetriebe ohne Mindestvolumen und eine Betrachtung und Bewertung jeder einzelnen Maßnahme für sich. Er fragt, wie hoch die Grundlast ist, die von allen Haushalten gemeinsam getragen werden muß, und wie hoch die variablen Kosten sind.

Herr Rosendahl hat im Hinblick auf das Mindestvolumen Bedenken, Familien stärker zu belasten. Er präferiert daher ein geringeres Mindestvolumen.

Frau Kaenders bittet um Mitteilung, wie viele Behälter es in Moers gibt und wie oft sie geleert werden. Insbesondere interessiert sie, wie viele Behälter seltener oder häufiger als die in der Gebühr bereits enthaltenen 10/12 Leerungen geleert werden.

Herr Maas äußert sich skeptisch, ob ein Mindestvolumen zu einer Verringerung des wilden Abfalls beitragen wird.

Herr Rötters weist darauf hin, dass im vergangenen Jahr ca. 1 Mio. € für die Entsorgung wilden Abfalls und öffentlicher Papierkörbe aufzuwenden war. Er stellt die Frage nach den Gründen für eine so große Menge wilden Abfalls, wenn alle Haushalte ein ausreichendes Volumen zur Verfügung haben. Er betont, dass dem Verwaltungsrat Wege aufgezeigt werden, um darauf gestaltend Einfluss zu nehmen. Darüber hinaus verweist er auf die geplante Bürgerbeteiligung.

Frau Kaenders gibt zu bedenken, dass die Einführung eines Mindestvolumens speziell für Familien mit mehreren Kindern zu einer finanziellen Mehrbelastung führen kann, da sie davon ausgeht, dass viele Familien auch mit mehreren Kindern bisher einen 60 l-Behälter nutzen. Sie bezweifelt, dass der wilde Abfall auf diese Familien zurückzuführen ist.

Frau Krokowski regt an, im Hinblick auf die wilden Abfallmengen die Gebührenhöhe für Zusatzleerungen zu überdenken.

Herr Schneider stellt fest, dass das Moerser Abfallsystem sich grds. bewährt hat und es lediglich an einigen Stellen Möglichkeiten zur Feinjustierung gibt. Aus diesem Grund sieht er auch keine Möglichkeiten einzelne Nutzergruppen in größerem Maße zu entlasten.

Herr I. Brohl sieht das Erfordernis, politisch zu diskutieren und zu bewerten, ob einzelne Nutzergruppen ent- oder belastet werden sollen. Im Hinblick auf die verstärkte Heranziehung von Gewerbebetrieben bittet er auch wirtschaftliche Aspekte und Auswirkungen auf andere Unternehmen der ENNI-Gruppe nicht außer Acht zu lassen. Er sieht daher die Herausforderung, die Gewerbebetriebe zu überzeugen und keinen Zwang auszuüben.

Herr Dr. Dornbusch beantwortet Fragen von Herrn I. Brohl und Frau Kaenders zur Genauigkeit der statistischen Daten.

Herr Hormes ergänzt, dass aktuell keine verlässlichen Daten zur Größe der einzelnen Haushalte vorliegen und auch Unsicherheiten in Bezug auf die Zahl der heranzuziehenden Gewerbebetriebe bestehen. Er zeigt daher auf, dass zunächst ein entsprechender Überblick als solide Grundlage geschaffen werden soll, und kündigt an auf Basis einer solchen Datenlage rechtzeitig konkrete Auswirkungen für die einzelnen Nutzergruppen aufzuzeigen.

Vorsitzender Fleischhauer begrüßt diese Vorgehensweise.

Von 18.10–18.20 Uhr unterbricht Vorsitzender Fleischhauer die Sitzung für eine Pause.

11. Bericht des Vorstandes

1. Herr Hormes teilt mit, dass in Kürze eine telefonische Marktbefragung stattfindet, bei der insbesondere auch die Zufriedenheit mit der Abfallentsorgung erfragt wird.
2. Herr Kempken informiert über den Austausch der öffentlichen Abfallbehälter in der Innenstadt.

[Die von Herrn Kempken verwendete Präsentation ist als Anlage 3 beigefügt.]

3. Herr Kempken informiert über Veränderungen bei den Altkleiderstandorten.

[Die von Herrn Kempken verwendete Präsentation ist als Anlage 4 beigefügt.]

4. Herr Hormes berichtet, dass der Vorstand beabsichtigt, auf dem Friedhof Repelen einen Sicherheitsdienst einzusetzen, da sich dort Beschwerden über freilaufende Hunde mehren. Er führt aus, dass der Sicherheitsdienst Präsenz zeigen und bei Verstößen gegen die Friedhofssatzung ansprechen, aufklären und soweit möglich Personalien notieren soll.
5. Herr Hornung stellt weitere Verbesserungen beim Bürger-/Kommunalinformationssystem der ENNI vor.

6. Herr Rötters verweist auf die Anfrage der Kultur GmbH zu einer möglichen Zusammenarbeit im Bereich der Betreuung der Festivalhalle. Er bittet Herrn Hohensträter, den aktuellen Sachstand darzustellen.

Herr Hohensträter stellt die Überlegungen zur Zusammenarbeit, das Konzept einer Service e.G. sowie entsprechende Vorkalkulationen vor.

[Die von Herrn Hohensträter verwendete Präsentation ist als Anlage 5 beigefügt.]

Herr Schneider fragt nach einem möglichen Besitzübergang der Festivalhalle an ENNI, den Arbeitsverhältnissen und insbesondere der tariflichen Anbindung.

Herr Rötters antwortet, dass eine Mitgliedschaft im Arbeitgeberverband angestrebt wird und damit auch Tarifbindung. Er betont den Vorteil der Arbeitnehmer, dass bisher befristete Arbeitsverhältnisse in unbefristete umgewandelt werden.

Herr Hohensträter bestätigt, dass die Arbeitsverhältnisse dann bei der Genossenschaft bestehen. Als Mitglieder der Genossenschaft nennt er die Kultur GmbH, die ENNI Sport & Bäder GmbH und die ENNI Stadt & Service AöR. Er weist darauf hin, dass beim Genossenschaftsmodell die Aufnahme weiterer Genossen ohne großen Aufwand möglich wäre.

Frau Kaenders und Herr I. Brohl äußern sich erstaunt über die Vorkalkulation und hier insbesondere über die Positionen Dach und Fassade.

Herr Hohensträter erläutert, dass die Kalkulation der Kultur GmbH auf einem begrenzten Nutzungszeitraum beruhte und daher bekanntermaßen einige Arbeiten außer Acht gelassen hat. Er zeigt auf, dass bei den Überlegungen für ein Betreibermodell und die Gründung einer Service e.G. auch die Kosten für einen dauerhaften und langfristigen Betrieb darzustellen sind.

Frau Kaenders fragt nach, welche Vorteile ENNI aus der Zusammenarbeit hat und ob die Kultur GmbH für die Konzepterstellung durch ENNI bereits eine Entschädigung zahlt.

Herr Hohensträter stellt klar, dass bisher keine wesentlichen Kosten angefallen sind und die Konzepterstellung auch dem Interesse der ENNI entspringt. Er führt aus, dass besonders die gemeinsame Vermarktung und optimierte Nutzung der Veranstaltungsorten aus Sicht der ENNI vorteilhaft ist. Er hebt insbesondere hervor, dass dadurch ein Wettbewerb im defizitären Bereich verhindert werden kann.

Herr Rosendahl hält es aus gesamtstädtischer Sicht für sinnvoll, gemeinsam mit der Kultur GmbH an dem Konzept weiterzuarbeiten. Er erinnert daran, dass bereits in dem von der Kultur GmbH beauftragten Gutachten darauf hingewiesen worden war, dass nicht alle wünschenswerten Sanierungsmaßnahmen der Festivalhalle Berücksichtigung gefunden haben, sondern nur diejenigen, die für den Betrieb der Halle für den aktuellen Zweck und Zeitraum notwendig sind.

Herr Maas erkundigt sich nach den Kosten einer Genossenschaft z.B. für Organe, Prüfer etc. Er bittet um Darstellung, ob der steuerliche Vorteil dies aufwiegt.

Herr Hohensträter erläutert, dass eine Betreuung durch den Genossenschaftsverband die Kosten gering hält.

Frau Kaenders hält es für wichtig, dass die Gründung einer Service e.G. nicht dazu genutzt werden darf, einen Schattenhaushalt neben dem städtischen Haushalt ohne Einflussnahme des Rates aufzubauen.

Herr I. Brohl bittet um genau Aufschlüsselung der Kosten, die zu dem Defizit von 305.000 € führen. Er hält die nunmehr vorliegende Vollkostenbetrachtung für sinnvoll, bedauert allerdings, dass die Kosten nicht im Vorfeld der Entscheidung für die Festivalhalle mitbetrachtet wurden. Er vermisst darüber hinaus Aussagen zu einem Kulturprogramm, das über das bisherige Angebot hinausgeht.

Herr Rötters stellt klar, dass die Gründung einer Service e.G. auch unabhängig von der Festivalhalle für die ENNI interessant ist, die Festivalhalle aber für die ENNI nur bei dauerhaften Nutzungsmöglichkeiten über die bisherige Nutzung hinaus Sinn macht. Er stellt fest, dass die Halle ansonsten nur in dem von der Kultur GmbH vorgesehenen Zeitraum und Maße nutzbar ist.

Vorsitzender Fleischhauer bestätigt, dass die Halle voraussichtlich für zehn Jahre und in dem bisherigen Umfang mit den knapp kalkulierten Investitionen betrieben werden kann, aber Möglichkeiten zu einer dauerhaften und ausgeweiteten Nutzung zumindest bedenkenswert sind. Er informiert, dass die Kultur GmbH den Wunsch hat, die Gespräche fortzusetzen und der Verwaltungsrat die Ausführungen heute zur Kenntnis nimmt.

12. Anträge und Anfragen von Verwaltungsratsmitgliedern

1. Herr Küster fragt nach, ob ENNI bei einer Veranstaltung des Städte- und Gemeindebundes zur Modernisierung der Straßenbeleuchtung teilnimmt.

Herr Hormes bejaht dies.

2. Herr Küster bittet darzustellen, welche Auswirkungen es auf die Abfallgebühr hätte, wenn ein Service „Abholung von großen Elektroaltgeräten aus Haushalten“ ohne Zusatzgebühr angeboten würde. Er äußert die Hoffnung, dass der Umweltgefährdung und unsachgemäßen Ausschachtung durch sog. „Sperrmüllfledderer“ dadurch entgegengewirkt werden könnte.
3. Herr I. Brohl stellt fest, dass Pfingstmontag die Straßenbeleuchtung nicht ordnungsgemäß funktionierte. Er bittet um Mitteilungen, wie viele Meldungen eingingen und wie viele Störungen vorlagen.

Herr Rötters teilt mit, dass es sich um einen Programmierungsfehler handelte.

4. Frau Kaenders bedankt sich für die prompte Aufstellung der Schilder an den Behindertenparkplätzen vor dem Sportzentrum Rheinkamp.

Ihre Nachfrage zu den Eigentumsverhältnissen des Parkplatzes am Solimare wird von Herrn Rötters beantwortet.

13. Sonstiges

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Fleischhauer
Vorsitzender

Fels
Schriftführerin

Anlagen:

- Präsentation zu TOP 6
- Präsentation zu TOP 10
- Präsentation zu TOP 11.2
- Präsentation zu TOP 11.3
- Präsentation zu TOP 11.6